

University of Groningen

## Postwachstum nach der Pandemie

Lamker, Christian Wilhelm; Terfrüchte, Thomas

*Published in:*  
Raumplanung

**IMPORTANT NOTE: You are advised to consult the publisher's version (publisher's PDF) if you wish to cite from it. Please check the document version below.**

*Document Version*  
Publisher's PDF, also known as Version of record

*Publication date:*  
2021

[Link to publication in University of Groningen/UMCG research database](#)

*Citation for published version (APA):*  
Lamker, C. W., & Terfrüchte, T. (2021). Postwachstum nach der Pandemie: Gleichwertige Lebensverhältnisse ohne Wachstumszwang. *Raumplanung*, 2021(3-4), 34-39.

### Copyright

Other than for strictly personal use, it is not permitted to download or to forward/distribute the text or part of it without the consent of the author(s) and/or copyright holder(s), unless the work is under an open content license (like Creative Commons).

The publication may also be distributed here under the terms of Article 25fa of the Dutch Copyright Act, indicated by the "Taverne" license. More information can be found on the University of Groningen website: <https://www.rug.nl/library/open-access/self-archiving-pure/taverne-amendment>.

### Take-down policy

If you believe that this document breaches copyright please contact us providing details, and we will remove access to the work immediately and investigate your claim.

*Downloaded from the University of Groningen/UMCG research database (Pure): <http://www.rug.nl/research/portal>. For technical reasons the number of authors shown on this cover page is limited to 10 maximum.*

Christian Lamker, Thomas Terfrüchte

# Postwachstum nach der Pandemie

Gleichwertige Lebensverhältnisse ohne Wachstumszwang

*Gleichwertige Lebensverhältnisse sind (wieder) oben auf der politischen Agenda angekommen. Für die Raumordnung hat sich die Chance eröffnet, die eigene gesellschaftliche und zukunftsorientierte Bedeutung zu unterstreichen und Wachstum und Schrumpfung gemeinsam zu betrachten. COVID-19 zeigt Grenzen bisheriger Ansätze und die Komplexität der Verbindungen zwischen den Lebensverhältnissen von Menschen mit den regionalen Bedingungen. Eine Postwachstumsperspektive bietet Auswege an, die gesellschaftliche Relevanz von Raumplanung zu stärken und mit einem ehrlichen Blick auf die offenbaren Schwachstellen für eine Zukunft ohne Zwang zum Wachstum zu lernen.*

**Christian Lamker**, 1984, Dr. rer. pol., Raumplaner, Assistenzprofessor für nachhaltige Transformation und Regionalplanung an der Universität Groningen



**Thomas Terfrüchte**, 1982, Dr., Fachgebiet Raumordnung und Planungstheorie der Fakultät Raumplanung der TU Dortmund



Die Corona-Pandemie hat seit dem Frühjahr 2020 grundlegende Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben und stellt die räumlichen Rahmenbedingungen für Wohnen und Arbeiten infrage. Die zwischenzeitliche Vermutung, dass vor allem Ballungsräume mit ihrer hohen Siedlungsdichte Treiber der Pandemie seien, konnte weder für die erste noch die zweite „Welle“ belegt werden (siehe hierzu auch Tab. 1). In einer polyzentralen Siedlungsstruktur ist nicht mit einem Exodus aus lebenswerten Zentren zu rechnen, auch wenn sich die Bedeutung zentralörtlicher Funktionen beispielsweise von Einkaufen zu Freizeit und Bildung weiter verändern könnte.

Die Region ist gerade in einer epidemischen Notlage eine wesentliche Maßstabsebene für Versorgung, Erholung und die Lebensqualität aller Bewohner\*innen. Regionalität erstreckt sich (wieder) auch auf wirtschaftliche Aktivitäten, die eine hinreichende Versorgungssicherheit bieten sowie Menschen das Nebeneinander von Arbeit, Bildung und Unterstützung in und außerhalb der Familie (Kinderbetreuung, Home-Schooling, Pflege) ermöglichen. Damit löst sich die Diskussion von einer Fixierung auf eine wachstumsorientierte Regionalentwicklung.

Dieser Beitrag greift eine Postwachstumsperspektive auf, in der Wachstum und dessen quantifizierte Messung (bspw. durch das BIP) nicht mehr als das normative Ziel räumlicher Entwicklung verstanden werden (Lamker & Schulze Dieckhoff, 2019). (Neoklassische) Theorien der Raumentwicklung müssten entsprechend nachjustiert oder grundsätzlich infrage gestellt werden. Eine regionale Zukunft sollte ohne Wachstumszwang und in regionalen Kreisläufen gedacht werden. Notwendigkeit und Möglichkeit wachstumsunabhängiger Entwicklung finden auch mit einem vorsorgeorientierten Fokus auf gesellschaftliches Wohlergehen zusammen (vgl. Petschow et al., 2018, S. 43 f.).

Den folgenden Kapiteln liegt die aktuelle Frage zugrunde, ob die Corona-Pandemie bestehende Trends der Raumentwick-

lung verändert und welche problematischen Entwicklungen verschärft werden. Der Beitrag greift zurück auf Daten des Robert-Koch-Instituts (RKI), des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) sowie raumordnungspolitisch Leitbilder der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO). Die Perspektive einer Postwachstumsplanung (vgl. Lamker & Schulze Dieckhoff, 2019 und 2020) wird dazu verwendet, die Messung und Ausgestaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse kritisch nach ihrer Wachstumsorientierung zu hinterfragen und das Möglichkeitsfenster für eine wirkungsorientierte Neujustierung zu nutzen.

---

## Impulse einer Postwachstumsperspektive

---

Postwachstum und Raumplanung finden zunehmend fruchtbare Schnittstellen (Lange et al., 2020; Lamker & Schulze Dieckhoff, 2020). Gleichwertige Lebensverhältnisse können vor dem Hintergrund der Diskussion über Ziele jenseits von Wachstum sowie über räumliche Gerechtigkeit und gerechte Entscheidungen profitieren. Im Kontext gleichwertiger Lebensverhältnisse weisen Lamker und Schulze Dieckhoff (2020, S. 95 f.) auf die Notwendigkeit einer gesamtdeutschen Debatte hin, die über zeitlich oder räumlich begrenzte Insellösungen hinausdenkt und in Logiken bestehender Planungsinstrumente hineinwirkt. Regionale Ansätze führen zu einer Perspektive, die den räumlichen Ausgleich ehrlicher und mutiger in den Mittelpunkt stellt und die absoluten Grenzen verfügbarer Ressourcen (darunter auch Fläche) ebenso ernst nimmt wie die Vielfalt menschlicher Lebensmodelle und Bedürfnisse. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind der Kernpunkt einer politischen Agenda, die einen neuen Ausgleich sucht und für regionale Veränderung nicht auf „Überschwappereffekte“ aus wachsenden Kernstädten hofft (Lamker & Schulze Dieckhoff, 2019).

Die Perspektivenverschiebung auf den Menschen statt auf Wachstumsindikatoren (insbesondere das BIP) gehört zu den markanten Schnittstellen. Mindeststandards grundlegender öffentlicher Infrastruktur verhindern bestenfalls eine Verschärfung von Disparitäten in Teilräumen (ARL, 2021, S. 18). Sie bieten aber wenig zukunftsverändernde Perspektive. Gängige Indikatoren der Raumentwicklung adressieren überwiegend die Angebotsseite (z. B. Einrichtungen der Daseinsvorsorge, Zugang zu Breitband-Internet usw.) und weniger die Wirkungsseite (z. B. diskriminierungsfreie Bildung, gesundes Leben usw.). Als Erfolgsfaktor für die Wirkung wird nach wie vor das (wachsende) Bruttoinlandsprodukt als Kernindikator für erfolgreiche Regionalentwicklung herangezogen. Dadurch entsteht ein nicht auflösbares Dilemma: Wenn wirtschaftliches Wachstum und Mindeststandards der Daseinsvorsorge selbst zum Ziel werden und nicht zum Mittel der Zielerreichung, sagt das jeweilige Monitoring eben wenig bis nichts über das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse aus – und noch weniger darüber, welche gesellschaftspolitisch relevanten Unterschiede (bspw. Gleichberechtigung der Geschlechter oder Herkunftsgruppen) damit verdeckt werden.

COVID-19 hat (bisher) keinen grundlegenden Paradigmenwechsel für die regionale Entwicklung ausgelöst, aber die Suche nach Alternativen verstärkt. Die Zahl der Städte, Regionen und Länder, die mithilfe von Kate Raworth's Doughnut Economics (Raworth, 2018) nach Entwicklungsalternativen suchen, wächst – von Amsterdam über Kopenhagen bis Brüssel. Ansätze wie die Gemeinwohlökonomie werden von privaten und öffentlichen Akteuren aktiv genutzt, um Handeln nachhaltig am Gemeinwohl statt an finanziellem Erfolg auszurichten (Hoffmann et al., 2021).

In der Pandemie sind Gemeinwohl, Gesundheit und (intergenerationale) Gerechtigkeit zunehmend den ökonomischen Kalkulationen und einem Wachstum (oder der Vermeidung von Schrumpfung) der Wirtschaft gegenübergestellt worden. Die Grundannahme, wonach Wachstum (vor allem gemessen durch das BIP) in jedem Fall positiv ist, scheint aber weiterhin Bestand zu haben. Fast mehr denn je fällt der Blick während der Pandemie auf (immer wieder korrigierte) Wachstumsprognosen.

Mit einer Postwachstumsperspektive steht ein Fundament bereit, einen echten Paradigmenwechsel bei den verwendeten Erfolgskriterien zu vollziehen, der sich schon andeutet. Beispielhaft weist Terfrüchte (2019, S. 26) auf die Absurdität hin, dass Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern dazu führen, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Erwerbsperson steigt, wenn weniger Frauen erwerbstätig sind. Die Postwachstumsperspektive sieht Care- oder Sorgearbeit als gleichberechtigten Bestandteil neben der Erwerbsarbeit (Kuhnhen et al. 2020, S. 34 ff.). Leistungen wie Home-Schooling, familiäre Pflege und Nachbarschaftshilfe sind in der Pandemie die echten systemrelevanten Arbeiten, die über das BIP keinen Eingang in wirtschaftliche Berechnungen gefunden haben.

Eine kritische Postwachstumsperspektive in die Debatte über gleichwertige Lebensverhältnisse einzuflechten bedeutet drei Dinge:

- Grenzen des Wachstums müssen im planerischen Handeln anerkannt werden. Aus weiterem Wachstum generieren sich nicht auf magische Art und Weise Vorteile für alle, in dem positive Entwicklungen in die Region ‚durchsickern‘. Vielmehr wachsen relative Unterschiede und gefährden neben dem räumlichen auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zwischen der Finanzkrise 2008 und der Coronakrise 2020 hat Deutschland vergleichsweise hohe Wachstumszahlen erlebt, aber zugleich aufgeheizte gesellschaftliche Debatten über Wohnraum, Mieten, Mobilität und Klimaschutz. Zielsetzungen wie eine vollständige Flächenkreislaufwirtschaft („Netto Null“) werden zwar konkreter benannt, aber nicht stringent über die regionale Ebene umgesetzt. Anstiege bei Miet- und Immobilienpreisen sollen durch Regulation stabilisiert werden, ohne die zugrunde liegenden systemischen Verwerfungen anzugehen. Der Zins- und Kapitalmarkt beeinflusst (mindestens) ebenso die Nachfrage nach Wohnraum wie der eigentliche Bedarf. Auch in der Pandemie ist ein großer und langfris-

tiger Exodus aus den (deutschen) Städten ausgeblieben. Wer Ferienhäuser oder Zweitwohnsitze im eher ländlich geprägten Raum hat, nutzt sie möglicherweise zukünftig häufiger oder länger. Ein regionaler Ausgleich der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung ohne planerische Maßnahmen, d. h. allein durch den Markt, ist aus aktueller Sicht nicht zu erwarten.

- Gesamtregionale Probleme lassen sich nicht anhand von Stadt und Land oder Wachstum und Schrumpfung fassen. Regionale Teilräume waren immer schon in ihrer Entwicklungsdynamik eng verflochten. Im Angesicht greifbarer Grenzen des Flächenwachstums geht die Entwicklung in Richtung einer kreislauforientierten Perspektive, die sich über Fläche hinaus auch auf wirtschaftliche Aktivitäten fortsetzen kann. Folgerichtig wird auch mit Förderprogrammen des Bundes wie Stadt-Land-Plus (BMBF) versucht, kooperative regionale Lösungen für ebendiese regionalen Herausforderungen zu finden.
- Raumplanung ist selbst ein aktiver Teil der politischen Debatte, in der Lebensqualität neu definiert wird und auch harte Entscheidungen unvermeidbar sind. Innerstädtische Räume bieten neben Arbeit, Handel und Verkehr oft zu wenig Erholungs- und Lebensqualität – und zu wenig Raum für aktive Gesundheitsförderung. Im Umfeld von Städten hingegen fehlen Konzepte, wie Lebensqualität eigenständig und mit regionaler Einbindung geschaffen werden kann. Raumplanung hat Wachstumstendenzen mit Stichworten wie Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Wachstumsmanagement dankend angenommen, um das bestehende Instrumentarium – wenn auch nachjustiert – nutzen zu können.

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind keine Einbahnstraße, die ausgehend von (wachsenden) Groß- oder Mittelstädten mit Blick auf die ländlich geprägten Räume, von West nach Ost oder Süd nach Nord gedacht werden dürfen (Terfrüchte, 2019, S. 26). Eine einseitige Wachstumsausrichtung birgt die Gefahr, Abhängigkeiten zu festigen und Unterschiede zu verstärken. Statt einer wachsenden Nachfrage (nach privatem Wohnraum) nachzulaufen, könnte sich die Raumplanung auf den sich verändernden Bedarf nach gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnissen konzentrieren. Eine rückläufige Bevölkerungszahl (Schrumpfung) würde dann nicht pauschal mit einer Abwärtsspirale verknüpft, sondern böte auch die Chance, Zufriedenheit, Lebenschancen oder eben Gleichwertigkeit für eine vielfältige Gesellschaft zu verbessern. Zukünftige Planungen müssen mindestens einem Mehr in einer Richtung ein Weniger in einer anderen gegenüberstellen oder – umgekehrt formuliert – dem Weniger in der einen Richtung mit einem Mehr in der anderen Richtung den bedrohlichen Charakter nehmen.

### Corona-Schocks und (alte) regionale Wahrheiten

COVID-19 hat die deutschen Städte und Regionen nahezu unvorbereitet getroffen. Der zuletzt gewachsene Fokus auf gesunde Städte und die Verknüpfung von Gesundheit und Raum-

Ausgewählte Indikatoren (zum 31.12.2017)	Corona-Fallzahlen je 100.000 EW zum 31.12.2019	
	1. Welle (1.1.2020 – 7.6.2020)	2. Welle (8.6.2020 – 28.2.2021)
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätiger/-m	0,374	0,002
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner*in	0,324	0,052
Bevölkerungsdichte	0,165	0,129
Siedlungsdichte	0,235	0,166
Wohnfläche je Einwohner*in	0,023	-0,325

Tabelle 1: Korrelation (Spearman) der Corona-Fallzahlen je 100.000 EW mit Dichtemerkmalen und Indikatoren der Wirtschaftsleistung nach 1./2. Welle (Quelle: Eigene Berechnungen nach RKI 2021, Destatis 2021 und BBSR 2020)

planung war in vielfacher Hinsicht wegweisend (Baumgart et al., 2018), konnte aber eine Pandemie dieser Größenordnung nicht vorwegdenken. Die raumbezogenen Vermutungen haben zunächst Trendwenden angedeutet: etwa bei der (Siedlungs-) Dichte, den Mieten und Immobilienpreisen sowie den inhaltlichen Vorstellungen und Skalen zu räumlicher Gerechtigkeit. Bereits Anfang 2021 zeigt sich aber, dass COVID-19 vorherige raumordnungspolitische Debatten und Probleme verschärft.

Im Frühjahr 2020 schien es, als wäre hohe *Dichte* (Siedlungs- bzw. Bebauungsdichte) förderlich für eine erhöhtes Infektionsgeschehen. Dies wäre ein einfacher Anknüpfungspunkt für Regional- und Landesplanung gewesen, Maßnahmen zum langfristigen Infektionsschutz mithilfe bestehender Raumkategorien zu differenzieren und zu koordinieren. So einfach ist es aber nach jetzigem Kenntnisstand nicht. Während Enge im Sinne von zu wenig pro-Kopf-Wohnraum (z. B. in Sammelunterkünften) für die Verbreitung von COVID-19 sicher förderlich ist, ist es Dichte im planerischen Sinne nicht (vgl. Tab. 1). Die erste Welle hat zunächst global vernetzte Standorte in eher wirtschaftlich starken Regionen getroffen und sich von dort aus regional entwickelt, um schließlich auch in die Fläche Gesamtdeutschlands zu „diffundieren“. Die zweite Welle hingegen hat mit größerer Kraft viele Räume getroffen, die bereits vorher Probleme in der Daseinsvorsorge, ihrer demographischen und/oder wirtschaftlichen Struktur hatten, wie ein Abgleich mit der Leitbildkarte „Daseinsvorsorge“ der MKRO 2016 zeigt (Abb. 1). Abb. 2 zeigt die Fallzahlen der zweiten Welle bezogen auf 100.000 Einwohner\*innen sowie den Vergleich zu den Fallzahlen der ersten Welle. Die Trennung zwischen den beiden Wellen ist für die Trendumkehr der Infektionszahlen am 7. Juni 2020 definiert.

Die Pandemie gefährdet insbesondere ältere und hochbetagte Menschen – allerdings nicht gänzlich unabhängig vom Wohn-

ort (vgl. Abb. 1 und 2). Der Wohnort bestimmt mit, wie gefährdet jemand konkret ist oder welche Schutzmöglichkeiten (insbesondere das ‚Social Distancing‘) im Alltag zur Verfügung stehen. Die Frage, ob diese räumlichen Unterschiede gerecht oder ungerecht sind, sollte insofern den Kern einer Debatte bilden. COVID-19 hat Menschen vor allem mit Blick auf die absehbaren Folgewirkungen der Maßnahmen abhängig von ihrer Region sehr unterschiedlich getroffen.

Räumliche Ungerechtigkeit in der Pandemie muss einer am Gemeinwohl orientierten Raumplanung, die gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen und erhalten möchte, Sorgen bereiten. Gut vernetzte Kernstädte mit vielen wohlhabenden Ein- und Zweipersonenhaushalten und guter öffentlicher Infrastruktur zeigen in der zweiten Welle (und noch stärker im Vergleich zur ersten Welle) niedrigere Fallzahlen. Periphere Räume mit hohem Altersdurchschnitt und schlechterer Erreichbarkeit öffentlicher Infrastruktur wurden härter getroffen. Möglicherweise zeigt sich, wie abhängig Menschen hier von sozialen Kontakten für die Daseinsvorsorge sind – und damit auch, wie wenig sie notwendige Regeln und Schutzmaßnahmen selbst treffen können und/oder wollen.

### Gleichwertige Lebensverhältnisse in der Post-Pandemie

Die Bereitstellung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen in einer gleichwertigen räumlichen Verteilung reicht nicht, wenn Menschen sie nicht erreichen können oder möchten. Wenn öffentliche Einrichtungen geschlossen sind, kommt es vor allem auf ihre Verankerung im Leben der Menschen an, um Alternativen erfolgreich entwickeln und in anderer Form anbieten zu können. Das Verständnis gleichwertiger Lebensverhältnisse hat sich in der Realität vieler Menschen so schnell gewandelt, dass die Raumordnung wohl einige Zeit brauchen wird, dies hinreichend aufzuarbeiten. Mit mehreren Familienmitgliedern zu Hause arbeiten, lernen oder Dienstleistungen wahrnehmen zu können ist bei weitem nicht selbstverständlich und noch weniger überall gleichwertig möglich. Im Jahr 2019 hatten gerade einmal 53,4 % aller Haushalte im ländlichen Raum einen Anschluss mit einer maximalen Datenrate von 100 Mbit/s oder mehr. Im städtischen Raum sind es immerhin 93,8 % (BMVI, 2019, S. 4). Mit der Infrastruktur selbst ist zudem nicht mehr als die notwendige Voraussetzung geschaffen. Die größere gesellschaftliche Aufgabe, Digitalisierung in Bildung und Versorgung zielgerichtet zu nutzen, beginnt damit erst.

„Stehen Menschen und ihre Würde im Mittelpunkt räumlicher Planung, sind Lebensverhältnisse auf allen Raumebenen gleichwertig, wenn und solange für alle Menschen ein räumliches Existenzminimum gesichert wird.“ (Davy, 2020, S. 4)

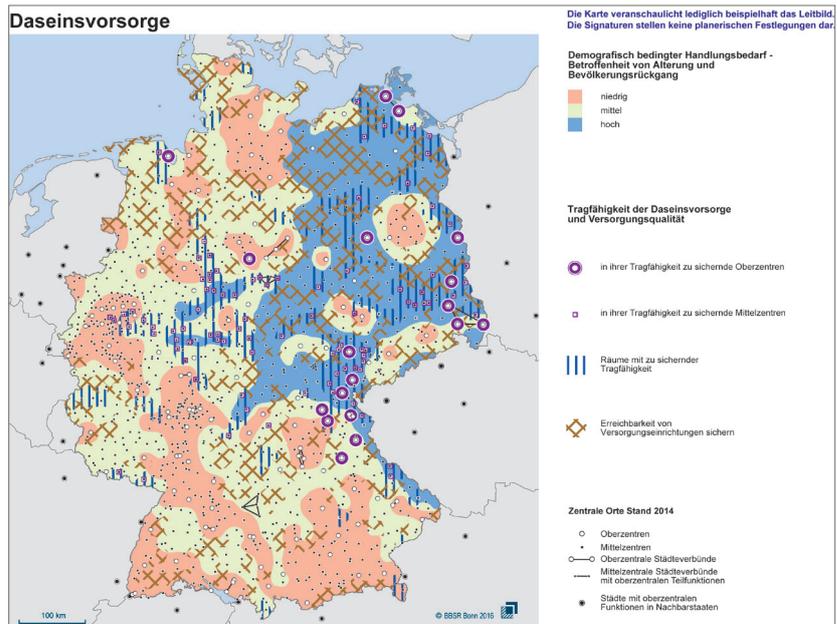


Abb. 1: Leitbildkarte Daseinsvorsorge

Soziale und vor allem räumliche Gerechtigkeit waren schon vor der Pandemie bedeutende Diskurse in der Raumplanung, die ihre gesellschaftliche Tragweite unterstreicht. Davy (2020) weist aber auch eindrücklich darauf hin, dass Raumplanung soziale Ungleichheit schafft. Gleichwertigkeit als Planungsziel bedeutet demnach nicht Gleichheit. Was aber ein räumliches Existenzminimum ist oder sein muss, könnte mit den Erkenntnissen aus der Pandemie definiert und justiert werden. Zu dieser Auseinandersetzung gehört hier ebenso, dass die Mehrheit aller Erwerbstätigen nicht zu Hause arbeiten kann. Eine räumliche Zukunftsvision, die Home-Office-fähige Arbeit in den Mittelpunkt stellt, läuft große Gefahr, vor dem Hintergrund gleichwertiger Lebensverhältnisse zu scheitern. Wesentliche Teile bezahlter Erwerbsarbeit sowie bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit sind nicht digitalisierbar; sie erfordern im Gegenteil eher eine gewisse räumliche Dichte aus sozialer und auch aus klassischer ökonomischer Perspektive (Tragfähigkeit). Eine der Gleichwertigkeit, dem Gemeinwohl und der Nachhaltigkeit verpflichtete Raumplanung braucht dafür einen besseren Ausgleich zwischen dem, was jeder Mensch zwingend braucht, und den Ressourcen, die sie oder er verantwortungsvoll in Anspruch nehmen kann.

„The need to challenge society's normal obsessions – efficiency, consumption, and growth – is not a new idea, even to economists. But the health community has a renewed moral authority to call for this challenge. This will require a change of culture as well as a change of metrics. [...] Normal will no longer do.“ (The Lancet, 2020, S. 143)

Im 19. Jahrhundert hat sich die Stadtplanung als Mittel zur Seuchenvermeidung und des Gesundheitsschutzes etabliert – auch gegen (industrielle) Wachstumsinteressen. Das Baugesetzbuch fordert heute zur Sicherung einer menschenwürdigen Umwelt auf (§ 1 Abs. 5 BauGB) und zur Berücksichtigung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse (§ 1 Abs. 6 Satz 1 BauGB). Die Umweltprüfung bei Raumordnungsplänen fordert ebenso die

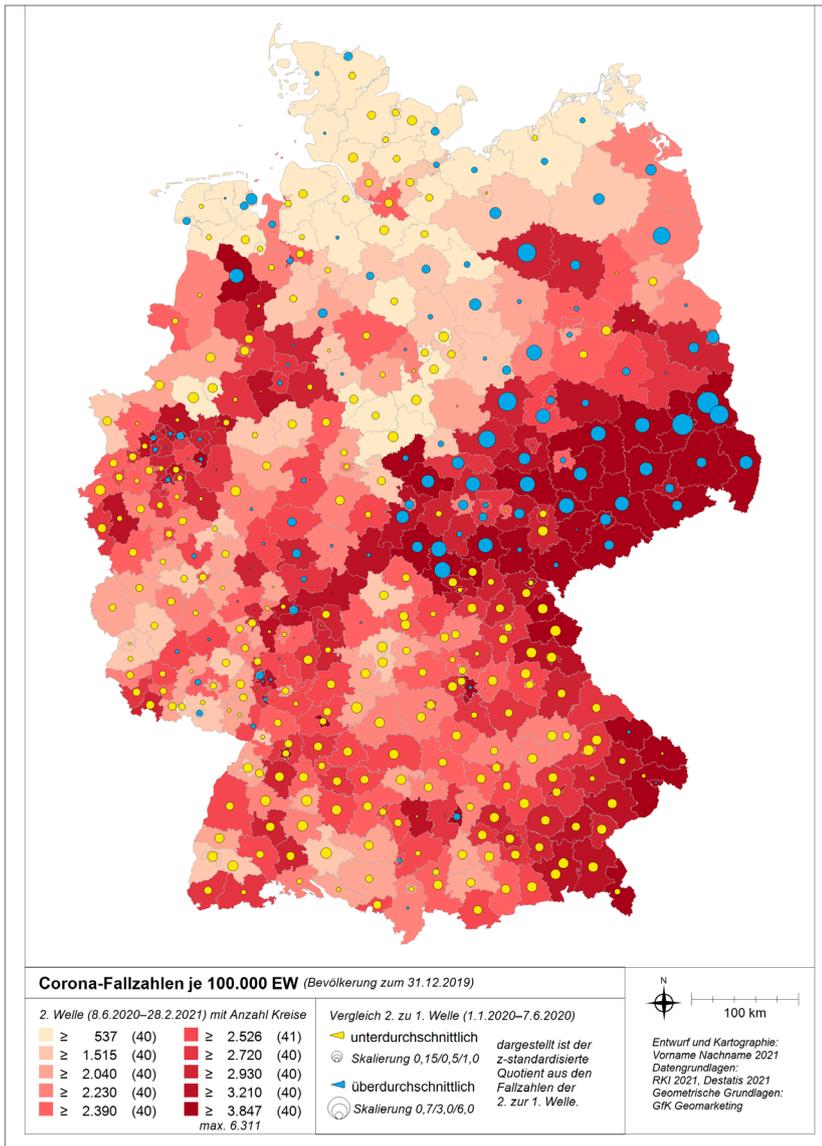


Abb. 2: Corona-Fallzahlen je 100.000 Einwohner\*innen nach 1./2. Welle

Prüfung der Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit (§ 8 Abs. 1 Satz 1 ROG). Für die Zukunft zu denken gibt, wie offen und direkt sich andere Disziplinen mit gesellschaftlichen und räumlichen Fragestellungen auseinandersetzen. In einem Editorial in The Lancet wurde unlängst eine Abkehr von gesellschaftlicher Sucht nach Effizienz, Konsum und Wachstum gefordert (The Lancet, 2020). Die Autor\*innen zeigen sich besorgt, dass COVID-19 die Ungleichheit in Bezug auf Rasse, Gender, Reichtum und Gesundheit verstärkt.

Im Jahr 2006 hat die ARL ein Positionspapier mit dem Titel „Gleichwertige Lebensverhältnisse: eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe neu interpretieren!“ (ARL, 2006) überschrieben. Darin wird der Anspruch deutlich, in der Raumordnung und Raumentwicklung nicht auf Anforderungen nach Gleichwertigkeit (bspw. nach Art. 72 GG) reagieren, sondern sich aktiv gesellschaftspolitisch engagieren zu müssen. Den raumentwicklungspolitischen Debatten dieser Zeit folgend spiegelt sich hier eine grundsätzlich positive Vorstellung von Wachstum mit zugleich deutlichem Verweis auf sich verstär-

kende regionale Disparitäten und der Gefahr einseitig ausgerichteter Wachstumspolitik (ARL, 2006, S. 4 f.). Die schon 2006 in der ARL festgestellten zwei Pole von Schrumpfung und Wachstum und die Polarisierung unterschiedlicher Lebensverhältnisse besteht verschärft fort. Eine ausgleichsorientierte Raumplanung, die nicht auf Wachstumspole setzt, gewinnt vor dem Hintergrund massiv an Bedeutung.

### Fazit: Mutiger Ausgleich statt Wachstum

Die Bedeutung gleichwertiger Lebensverhältnisse wird durch den Rückblick auf ein Jahr COVID-19 in Deutschland unterstrichen. COVID-19 könnte alle Menschen gleichermaßen treffen, aber die Exposition und damit die Gefahr ist auch aufgrund sozialer und räumlicher Unterschiede ungleich verteilt. Vor der Pandemie „abgehängte“ Räume wurden – auch durch Maßnahmen des Infektionsschutzes – oft hart getroffen, aber auch die Boom-Räume der vergangenen Jahre in Innenstädten und im großflächigen Einzelhandel. Die Pandemie hat tief liegende Schwachstellen und blinde Flecken der Raumplanung dargelegt, die ehrlich und ohne Scheuklappen betrachtet werden müssen. Politik und Gesellschaft sind in der Lage, auch mit komplexen wissenschaftlichen Zusammenhängen zu denken, auch wenn dies höchst konfliktreich und vor allem in Verbindung mit der Diskussion gesellschaftlicher Werte geschehen kann.

Die gesellschaftliche Relevanz einer Raumordnung, die sich an den Lebensverhältnissen aller Menschen orientiert, lässt sich nur in einer intensiven politischen Debatte finden und stärken. Die Pandemie hat mit großer Deutlichkeit gezeigt, dass mit Sorgfalt zwischen (wissenschaftlich erlangten und wissenschaftlich kritisierbaren) Fakten und den (möglichen und politisch diskutierbaren) Reaktionen darauf unterschieden werden muss. Neben epidemiologischen Perspektiven stehen dann auch der gesellschaftliche Zusammenhalt, intergenerationale Solidarität und Gerechtigkeit oder der (räumliche) Zugang zu Bildung in einer Abwägungsentscheidung. Raumentwicklungspolitik braucht damit Mut und Demut zugleich.

Das Aufeinandertreffen von Postwachstum und Raumplanung produziert in den entstehenden Reibungen und konstruktiven Konfrontationen das Potenzial, räumliche Planung als gesellschaftlich relevantes Feld neu zu justieren. Die Pandemie zeigt als Brennglas verstärkt auf, wo bisherige Schwachstellen und zukünftige Aufgaben liegen. Sie eröffnet zugleich ein Möglichkeitsfenster. Raumentwicklungspolitik muss sich auch selbstkritisch der Frage stellen, welche Zukunftsperspektiven sie für

die gesellschaftliche Debatte anbieten kann und wie sie mit einer kritischen Postwachstumsperspektive heutige Grenzen gleichzeitig benennen, aber auch damit agieren kann. Jedes beschlossene gesellschaftlich Ziel braucht dann auch konkrete und unmittelbar wirksame räumliche Maßnahmen. Eine Re-Politisierung von Raumplanung und Raumordnung muss keine Angst machen. Sie kann vielmehr die Chance eröffnen, vor dem Hintergrund großer Unsicherheit die verfügbaren Alternativen aufzuzeigen sowie diese offen und ehrlich zu diskutieren. ■

## Literatur

- > Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL) (2021): SARS-CoV-2-Pandemie: Was lernen wir daraus für die Raumentwicklung? Hannover.
- > Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (2006): Gleichwertige Lebensverhältnisse: eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe neu interpretieren! Hannover.
- > Baumgart, S., Köckler, H., Ritzinger, A. & Rüdiger, A. (Hrsg.) (2018): Planung für Gesundheitsfördernde Stadtregionen. Anstöße aus Forschung und Praxis. Hannover.
- > Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) (2019): Aktuelle Breitbandverfügbarkeit in Deutschland (Stand Ende 2019). Erhebung der atene KOM im Auftrag des BMVI (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) (Hrsg.). Berlin.
- > Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2016): Leitbildkarte Daseinsvorsorge. Bonn.
- > Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.) (2020): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2020. Bonn.
- > Davy, B. (2020). Raumplanung als Architektin sozialer Ungleichheit. ARL Nachrichten (01-02), 1-5.
- > Hoffmann, K., Walchner, G. & Dudek, L. (Hrsg.) (2021): 24 wahre Geschichten vom Tun und vom Lassen. Gemeinwohl-Ökonomie in der Praxis. München: oekom verlag.
- > Kuhnhen, K., Pinnow, A., Schmelzer, M., & Treu, N. (2020): Zukunft für alle: Eine Vision für 2048: gerecht. ökologisch. machbar. München: oekom verlag.
- > Lamker, C. W. & Schulze Dieckhoff, V. (2019). Sechs Thesen einer Postwachstumsplanung. FRU-Preis 2019, Sonderpreis. Abgerufen von <http://www.postwachstumsplanung.de>.
- > Lamker, C. W. & Schulze Dieckhoff, V. (2020): Postwachstum + Planung = Postwachstumsplanung?! Erfahrungen aus der Konfrontation zweier Diskurse. In: A. Brokow-Loga & F. Eckardt (Hrsg.), Postwachstumsstadt. Konturen einer solidarischen Stadtpolitik, S. 90-103. München: oekom verlag.
- > Lange, B., Hülz, M., Schmid, B. & Schulz, C. (Hrsg.) (2020): Postwachstumsgeographien. Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien. Bielefeld: transcript Verlag.
- > Petschow, U., Lange, S., Hofmann, D., Pissarskoi, E., dem Moore, N. a., Korfhage, T., Schoofs, A. & Ott, H. (2018): Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen: Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition. Zwischenbericht des Projektes „Ansätze zur Ressourcenschonung im Kontext von Postwachstumskonzepten“ (Texte 89/2018). Dessau-Roßlau.
- > Raworth, K. (2018): Doughnut Economics. Seven Ways to Think Like a 21st-Century Economist: Random House UK.
- > Robert-Koch-Institut (RKI) (2021): Fallzahlen in Deutschland. [dl-de/by-2-0](https://www.rki.de/by-2-0).
- > Statistisches Bundesamt (Destatis) (2021): Fortschreibung des Bevölkerungsstandes. Stichtag 21.12.2019.
- > Terfrüchte, T. (2019): Gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Raumordnung und Regionalpolitik. Wirtschaftsdienst, 99 (S1), 24-30.
- > The Lancet. (2020). No more normal. The Lancet, 396 (10245), 143. Editorial.

Schlüsselwörter: COVID-19, Gleichwertige Lebensverhältnisse, Postwachstumsplanung, Raumordnungspolitik  
Keywords: COVID-19, equivalent living conditions, post-growth planning, spatial development policy

Zusammenfassung: Postwachstum hat sich in der Raumplanung von einem Nischenthema zu einem breiteren Diskurs entwickelt. Die Corona-Pandemie verstärkt problematische Trends der Raumentwicklung. Die Perspektive einer Postwachstumsplanung lenkt den Fokus gleichwertiger Lebensverhältnisse stärker auf die Menschen.

Abstract: Post-growth has developed from a niche to a broader discourse in spatial planning. The Corona pandemic amplifies problematic spatial development trends. A post-growth planning perspective on spatial conditions of the pandemic helps focussing equivalent living conditions on a regional scale towards human beings.